



Präsidium des Deutschen Reichs

Freistaat Preußen

Administrative Regierung und
Rechteinhaber des Präsidiums des Deutschen Reichs/Deutschland
in der Funktion des persistent objector

- ius cogens -

Innere Angelegenheiten
Ada Cornelia a.d.F. R e i c h h e l m
www.freistaat-preussen.world

an

- die restitutiven Besatzermächte Deutschlands zur Kenntnis,
- die Premierministerin des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, Frau May
- alle Nato- Mitgliedsstaaten, hauptverantwortlich Herr Stoltenberg,
- das BRD- Bundesministerium der Verteidigung, hauptverantwortlich Ursula von der Leyen zur Beachtung, Umsetzung und Weiterleitung an alle Nato- Bündnispartner,
- den Präsidenten des NRW- Landtages, André Kuper,
- den Paderborner Landrat, Manfred Müller,
- den Paderborner Bürgermeister, Michael Dreier

Protestnote Nr. 29082018

gegen Nato-Stützpunkte auf den Territorien der Glied-/Bundesstaaten des Deutschen Reichs/Deutschland und

Aufforderung zur Einhaltung des internationalen Völkervertragsrechts

„Bielefeld/Paderborn. Die britischen Streitkräfte bleiben mit einem Restkontingent von rund 200 Mann über das Jahr 2020 hinaus auf dem Truppenübungsplatz in der Senne stationiert. Sie sorgen dafür, daß der Status als Testgelände für NATO- Truppen langfristig gefestigt wird. Dies bestätigt Mike Whitehurst, Sprecher der britischen Streitkräfte in Deutschland, auf Anfrage. *„Die geopolitische Lage in Europa und der Welt hat sich geändert“*, so Whitehurst. Dieser neuen Lage müssten sich auch die Militärs anpassen.“

Werte Exzellenzen, werte Damen und Herren,
werte Frau von der Leyen,

wie bereits offenkundig bekannt ist, wurde am 27. April 2018 durch Frau BRD-Bundeskanzlerin Merkel, im Beisein von Herrn US-Präsident Trump, auf einer internationalen Pressekonferenz mitgeteilt, daß nun diese Zeit der Nachkriegsordnung zu Ende ist! Die geopolitische Lage in Europa und der Welt hat sich damit geändert.

Damit ist die Besatzerverwaltung der westalliierten Mächte auf den Gebieten der Glied-/Bundesstaaten des Deutschen Reichs/Deutschland ebenfalls zu Ende.

Die Bundesrepublik Deutschland (BRD), sich irreführend „Deutschland“ nennend, ist hier in Mitteleuropa kein Staat, sondern usurpiert völkerrechtswidrig die Staatshoheitsgebiete der Glied-

/Bundesstaaten im Staatenbund Deutsches Reich/Deutschland und schließt Staatsverträge unter dieser Täuschung im internationalen Rechtsverkehr ab.

Bereits in der Verfassung des Deutschen Reichs vom 16. April 1871 Artikel 3 wird der Name „Deutschland“ für den Staatenbund des Deutschen Reichs geprägt.

Der Staatenbund Deutsches Reich ist daher Rechteinhaber des Namens „Deutschland“ und nicht die von den Westalliierten bis zum 27. April 2018 eingesetzt gewesene Verwaltung, genannt „Bundesrepublik Deutschland“.

Die Besetzung Deutschlands durch die westalliierten Mächte wurde am 27. April 2018 beendet und es hat keinen Souveränitätswechsel stattgefunden.

Der Freistaat Preußen, legitimer und völkerrechtskonformer Rechtsnachfolger des Königreichs Preußen, ist der verfassungsgemäße Rechteinhaber des Präsidiums des Deutschen Reichs/Deutschland.

Verfassung des Deutschen Reichs vom 16. April 1871 Artikel 11

„Das Präsidium des Bundes steht dem König von Preußen zu, welcher den Namen Deutscher Kaiser führt. Der Kaiser hat das Reich völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Reichs Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, Bündnisse und andere Verträge mit fremden Staaten einzugehen, Gesandte zu beglaubigen und zu empfangen. [...]“

Legitimer Rechtsnachfolger in der Funktion des Präsidiums des Deutschen Reichs/Deutschland ist das Staatsministerium des Freistaats Preußen.

Der Freistaat Preußen befindet sich bereits seit dem 19. Oktober 2012 in völkerrechtskonformer Reorganisation und am 03. Oktober 2015 wurde die Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des Präsidiums des Deutschen Reichs proklamiert.

Während der Zeit der Reorganisation des Freistaats Preußen vertreten die gewählten Vertreter der administrativen Regierung des Freistaats Preußen das Präsidium des Deutschen Reichs/Deutschland im Sinne des Staatsministeriums.

Rückblick:

[Die feindliche Übernahme und Einverleibung Preußens in die Weimarer Republik/Drittes Reich am 20. Juli 1932 war ein völkerrechtswidriger Akt und erfüllt den Straftatbestand des Hochverrats gegen Preußen gemäß Strafgesetzbuch des Deutschen Reichs vom 15. Mai 1871 in der geänderten Fassung vom 1. Januar 1872, vor der geänderten Fassung vom 02. Mai 1934 durch das Dritte Reich.

Auch das Urteil des Staatsgerichtshofes nach der mündlichen Verhandlung vom 10., 14. und 17. Oktober 1932 bestätigte am 25. Oktober 1932 (RGZ 138, Anhang S. 1bis 43) durch seine Entscheidung den rechtswidrigen Akt des Hochverrats.

*Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen ist mit der Reichsverfassung vereinbar, soweit sie den Reichskanzler zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt und ihn ermächtigt, preußischen Ministern **vorübergehend** Amtsbefugnisse zu entziehen und diese Befugnisse selbst zu übernehmen oder anderen Personen als Kommissaren des Reichs zu übertragen. **Diese Ermächtigung durfte sich aber nicht darauf erstrecken, dem preußischen Staatsministerium und seinen Mitgliedern die Vertretung des Landes Preußen im Reichstag, im Reichsrat oder gegenüber anderen Ländern zu entziehen.**]*

Die nach wie vor stationierten britischen Streitkräfte auf dem Truppenübungsplatz in der Senne besetzen daher völkerrechtswidrig das Staatshoheitsgebiet des Staates Freistaat Preußen, denn „die geopolitische Lage in Europa hat sich geändert“. (Zitat: Whitehurst)“.

Die Nachkriegsordnung ist seit dem 27. April 2018 zu Ende und die restlichen britischen und auch alle amerikanischen Streitkräfte sowie deren gesamtes Kriegsgerät sind unverzüglich von unserem Staatshoheitsgebiet abziehen, denn wir haben keinen Stationierungsvertrag mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland, mit den Vereinigten Staaten von Amerika und auch nicht mit der NATO!

Ebenso ist die von den westalliierten Mächten installierte Verwaltung namens „Bundesrepublik Deutschland“ und die von ihr installierte Bundeswehr, die ebenfalls als Gewaltinstrument den Freistaat Preußen usurpiert und besetzt hält, unverzüglich und sofort aufzulösen bzw. abziehen.

Das Staatshoheitsgebiet des Freistaats Preußen und aller anderen Bundesstaaten des Deutschen Reichs/Deutschland stehen für militärische Stationierungen, Übungen oder als Transitland für Militärtransporte von NATO-Truppen oder für die westalliierten Truppen des Ersten und Zweiten Weltkriegs seit dem 27. April 2018 nicht mehr zur Verfügung.

Mit dem Ende der Nachkriegsordnung seit dem 27. April 2018 sind von allen Unterzeichnern der Haager Landkriegsordnung (HLKO) bzw. deren Rechtsnachfolgern die Bundesstaaten des Deutschen Reichs/Deutschland wieder vollumfänglich als souveräne Staaten im Staatenbund Deutsches Reichs zu respektieren und auch ihnen gegenüber alle Völkervertragsrechte zu gewähren!

Für Kriegshandlungen der Bundeswehr sind die deutschen Völker nicht verantwortlich. Die Bundeswehr besitzt keine staatshoheitliche Legitimation des Freistaats Preußen oder eines Bundesstaates des Deutschen Reichs.

Gegeben zu Berlin, am 29. August 2018

Mit freundlichen Grüßen



*Ada Conelia
a.d.t.
Richter*

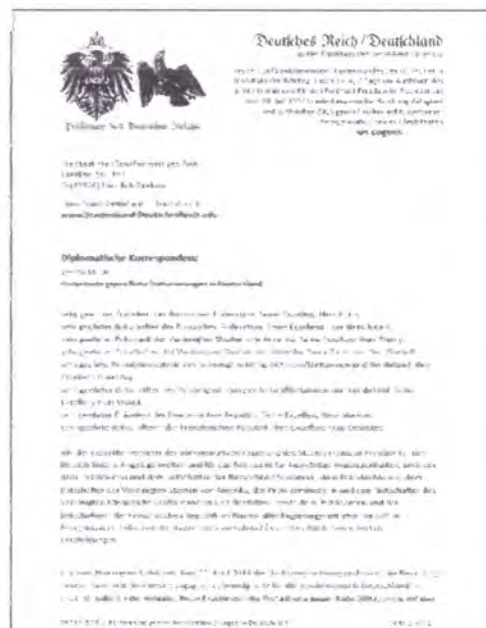
Name : Freistaat Preußen / Auswärtiges Amt

Fax :

Empf.-Nr. 984
 Empfangsdatum und -zeit 29.08.2018 12:30
 Starten /Fertigst. 29.08.2018 12:30 /29.08.2018 12:47
 Ergeb. Fehl.

Ein Komm.-Fehler ist während der Faxtransaktion aufgetreten.
 Beim Senden den Vorgang wiederholen und/oder anrufen, ob
 Empfangsfaxgerät zum Faxempfang bereit ist.

Empf.-Nr.	Dat.	Zeit	Typ	ID	Dauer	Seite	Ergeb.	
984	29.08	12:33	Send	0074956060766	01:40	000/005	Fehl.	b25
984	29.08	12:35	Send	0302299397	02:19	005/005	OK	RY
984	29.08	12:38	Send	03083051050	02:26	005/005	OK	US
984	29.08	12:42	Send	03020457571	02:13	005/005	OK	GB
984	29.08	12:45	Send	030590039067	02:07	005/005	OK	FR




Name : Freistaat Preußen / Auswärtiges Amt

Fax :

Empf.-Nr. 986
 Empfangsdatum und -zeit 29.08.2018 12:58
 Starten /Fertigst. 29.08.2018 12:58 /29.08.2018 13:01
 Ergeb. OK

Empf.-Nr.	Dat.	Zeit	Typ	ID	Dauer	Seite	Ergeb.	
986	29.08	12:58	Send	0074956060766	02:26	005/005	OK	r BMD RU

 **Deutsches Reich / Deutschland**
 Einigkeit und Recht und Freiheit
 Der Deutschen Reich
 19.08.2018

Erziehungs- und Kulturbotschafter
 Herr Dr. ...
 ...

Diplomatische Korrespondenz
 ...

...
 ...
 ...

Name : Freistaat Preußen / Auswärtiges Amt
Fax :

Empf.-Nr. 988
Empfangsdatum und -zeit 29.08.2018 13:16
Starten /Fertigst. 29.08.2018 13:16 /29.08.2018 13:25
Ergeb. Fehl.

Ein Komm.-Fehler ist während der Faxtransaktion aufgetreten.
Beim Senden den Vorgang wiederholen und/oder anrufen, ob
Empfangsfaxgerät zum Faxempfang bereit ist.

Empf.-Nr.	Dat.	Zeit	Typ	ID	Dauer	Seite	Ergeb.
966	29.08	13:21	Send	003227074232	00:00	000/004	Keine Ant
988	29.08	13:23	Send	02281245925	02:03	004/004	OK <i>BMVG</i>



Deutsches Reich / Deutschland
einigkeit | freihand | arbeit

Die Reichsregierung ist der Ansicht, dass die Stationierung von *NATO* Raketen in Deutschland gegen die Grundgesetze des Deutschen Reichs verstößt.

Protestbrief gegen *NATO* Stationierungen in Deutschland

An: Die Bundesregierung
Postfach 101 551
10115 Berlin

Von: Die Reichsregierung

Bezug: Bundesgesetz über die Stationierung von *NATO* Raketen in Deutschland vom 22. Juli 2015 (BVG)

Die Reichsregierung ist der Ansicht, dass die Stationierung von *NATO* Raketen in Deutschland gegen die Grundgesetze des Deutschen Reichs verstößt. Die Stationierung von *NATO* Raketen in Deutschland ist eine Verletzung der Souveränität und der territorialen Integrität des Deutschen Reichs. Sie ist auch eine Verletzung der Neutralität des Deutschen Reichs.

Bitte: Die Bundesregierung wird gebittet, die Stationierung von *NATO* Raketen in Deutschland zu beenden.

Telefon: +49 (0) 30 189-100 120

Adresse: Reichsregierung
Postfach 101 551
10115 Berlin

Schluss: Reichsregierung
+49 (0) 30 189-100 120

Rechtsgrundlage: Grundgesetz
Art. 64 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1

Vertreten durch: Außenminister
Walter Lübcke

Vertreten durch: Außenminister
Walter Lübcke

Vertreten durch: Außenminister
Walter Lübcke

Vertreten durch: Außenminister
Walter Lübcke

Name : Freistaat Bremen / Auswärtiges Amt

Fax :

Empf.-Nr. 992
Empfangsdatum und -zeit 29.08.2018 13:49
Starten /Fertigst. 29.08.2018 13:49 /29.08.2018 13:52
Ergeb. OK

Empf.-Nr.	Dat.	Zeit	Typ	ID	Dauer	Seite	Ergeb.
992	29.08	13:49	Send	003265445149	02:26	005/005	OK <i>Nato</i>

